

Krieg einigt die EU

Trotz »Brexit« und Austeritätsdiktaten: Die Militarisierung der Europäischen Union schreitet voran. **Von Jörg Kronauer**

Ausgerechnet Viktor Orbán hat die Debatte über den Aufbau einer EU-Armee wieder angestoßen. »Wir müssen der Sicherheit Vorrang einräumen und den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee beginnen«, forderte er nicht gerade als Verfechter einer engen Integration bekannte ungarische Ministerpräsident, als er am 24. August in Warschau mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammentraf. Merkel besprach im Rahmen ihrer letztwöchigen EU-Rundreise an diesem Tag mit den Ministerpräsidenten der Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn), wie es mit dem Staatenbund nach dem Austritt Großbritanniens weitergehen soll. Beim informellen EU-Gipfel am 16. September in Bratislava könnten erste tragfähige Konzepte für die erstrebte Neuformierung der EU vorliegen.

Klar ist: Die EU ist in vielerlei Hinsicht ziemlich zerstritten, zentrifugale Tendenzen verstärken sich; die Suche nach einem gemeinsamen Nenner, auf dem die Konsolidierung des Bündnisses gründen könnte, ist durchaus kompliziert. »Es geht darum, den Status quo zu halten und ein weiteres Auseinanderdriften der EU zu verhindern«, so fasste ein nicht namentlich genannter Diplomat die Problemlage unlängst gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* zusammen. Der Mann fuhr fort: »Das einzige Thema, auf das sich alle zurzeit einigen können, ist die Parole: mehr Sicherheit.« Und tatsächlich – seit einiger Zeit werden immer mehr Papiere publiziert, immer mehr Resolutionen verkündet, die den Ausbau der Grenzabschottung, der Überwachung und der Repression (siehe unten), aber eben auch die weitere Militarisierung der EU verlangen.

Für die EU-Militärpolitik scheint der Austritt Großbritanniens in der Tat neue Spielräume zu öffnen. London sei »bei jeder beliebigen Initiative«, die die gemeinsame EU-Hochrüstung habe konkretisieren sollen, auf »die Bremse getreten«, klagte in der vergangenen Woche im Interview mit der Tageszeitung *La Repubblica* der einstige italienische Generalstabschef Vincenzo Camporini. Großbritannien genügt eben tatsächlich die NATO und die Ende 2010 intensivierte bilaterale Militärkooperation mit Frankreich. Das habe auf den Aufbau von EU-Streitkräften lähmend gewirkt, zumal »alle wussten, dass man ohne London nicht wirklich von einer europäischen Verteidigung sprechen konnte«, fuhr Camporini fort: Das britische Militär



Die Truppe atmet längst wieder den Geist vergangener Schlachten. Bundeswehrosoldaten vor einem Gemälde in Vilnius, Litauen, am 15. April 2015

sei nun mal deutlich schlagkräftiger als alle anderen Armeen in der EU, die französische vielleicht ausgenommen. Nun, dabei müsse es nicht bleiben, schrieb der französische Diplomat Jean-Marie Guéhenno, Präsident des Thinktanks »International Crisis Group«, letzte Woche im *Spiegel*: Die EU müsse »die Chancen ergreifen, die ihr der Brexit bietet«. Wenn es gelinge, die gemeinsame Militärpolitik voranzutreiben und vor allem den Bundeswehr-Etat klar zu erhöhen, dann könne die EU auch ohne Großbritannien ausreichend »strategische Schlagkraft« gewinnen.

Entsprechend treibt Berlin die Militarisierung mit aller Macht voran – und das nicht nur auf nationaler Ebene. In den Gesprächen, die Merkel in der vergangenen Woche mit den Staats- und Regierungschefs von insgesamt 15 EU-Staaten führte, nahm die Militärpolitik eine zentrale Rolle ein. »Die Kooperation im Bereich der Verteidigung« müsse »ausgebaut werden«, forderte die Kanzlerin am Montag letzter Woche bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande und dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi, die, symbolisch sehr passend, auf dem Hubschrauberträger »Giuseppe Garibaldi« abgehalten wurde. In Sachen Militär benötigte die EU »Koordinierung, zusätzliche Mittel sowie mehr

Reichweite«, schloss Hollande sich an. Am Mittwoch sprach sich neben Ungarns Ministerpräsident Orbán auch dessen tschechischer Amtskollege Bohuslav Sobotka dafür aus, »eine Diskussion« über die Gründung einer EU-Armee zu starten: Er sei »überzeugt«, man werde »auf lange Sicht nicht ohne gemeinsame europäische Streitkräfte auskommen«. Prag hat Berlin schon im vergangenen Jahr angeboten, die bilaterale Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auszuweiten und Teile der tschechischen Streitkräfte der Bundeswehr zu unterstellen – ganz so, wie es längst zwischen Deutschland und den Niederlanden geschieht. Mit derlei Kooperationsprojekten ist der Grundstein für eine künftige EU-Armee bereits gelegt.

In Vorbereitung auf den informellen EU-Gipfel in Bratislava werden – natürlich unter maßgeblicher deutscher Mitwirkung – bereits konkrete Vorstöße in die Richtung unternommen. Man wünsche sich eine »stärkere« EU »mit einer vertieften und wirksameren gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik«, teilten die Außenminister des »Weimarer Dreiecks« (Deutschland, Frankreich, Polen) am Sonntag in einer »gemeinsamen Erklärung« mit. Anknüpfend an die jüngst vorgelegte außenpolitische Strategie der EU solle nun »eine substantielle Folgestrategie im Bereich Sicherheit

und Verteidigung« erstellt werden. Der Europäische Rat solle einmal pro Jahr »im Format eines »Europäischen Sicherheitsrats« tagen, der sich mit strategischen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit befasst, die untrennbar miteinander verbunden sind«. Darüber hinaus benötige die EU für ihre Militärinterventionen »eine europäische zivile und militärische Planungs- und Führungsfähigkeit« – also ein eigenständiges Hauptquartier. Die »Entwicklung einer starken und wettbewerbsfähigen Verteidigungswirtschaft in Europa« sei ebenfalls unumgänglich.

Der Gedanke, die Einigung der EU durch das Medium des Krieges voranzutreiben, ist nicht neu. Das »europäische Projekt einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« werde »ein Motor für das weitere Zusammenwachsen Europas sein«, hatte der damalige Außenminister Guido Westerwelle bereits im Februar 2010 auf der »Münchner Sicherheitskonferenz« prophezeit. »Ein stehendes Heer für die Union aller Staaten – das wäre fast schon so etwas wie ein neues Rückgrat für Europa«, kommentierte die *Süddeutsche Zeitung* einige Monate später. Nun, Berlin hat Erfahrung damit, die Integration divergierender Staaten mit Hilfe gemeinsamer Waffengänge durchzusetzen: Im Jahr 1870 entstand aus dem Krieg gegen Frankreich das Deutsche Reich.

■ Hintergrund Aufteilung der EU in Kleinformaten

Sollte das Widerstand ankündigt? Brüssel müsse mehr wirtschaftliche Macht bekommen, meinte der italienische Europa-Staatsminister Sandro Gozi, als sein Ministerpräsident Matteo Renzi am Montag vergangener Woche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande zusammentraf: »Da sind wir uns mit Frankreich einig; mit den Deutschen muss bei dem Thema noch gearbeitet werden.« Gearbeitet? Mit den Deutschen? Das wäre ja gelacht, wenn Rom und Paris jetzt, wo mit London einer der verlässlichsten Verbündeten Berlins in Sachen neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik die EU verlässt, derartige Prinzipien per Verlagerung wirtschaftspolitischer Kompetenzen nach Brüssel in Frage stellen könnten. Zwar schob Gozi rasch nach, die italienische Regierung respektiere »die bestehenden Haushaltsregelungen« der EU, also die Austeritätsdiktate; doch konnte man sich darauf wirklich verlassen? Der Verdacht, dem sei womöglich nicht so, wog doch schwer.

Die Bundesregierung hat bei ihren Bemühungen, einen Konsens für die Neuformierung der EU zu zimmern, die Austeritätsdiktate stets im Blick. Sie kann sich weitgehend auf die osteuropäischen EU-Staaten verlassen. »Wir möchten eine rigorose Haushaltsdisziplin aufrechterhalten«, kündigte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán beim Treffen der Visegrad-Ministerpräsidenten mit der deutschen Kanzlerin an: »Viele wünschen sich eine Lockerung dieser Politik. Aber Ungarn ist hier rigoros«. Am Sonntag folgte dann eine Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks. Frankreich gelang es, die Formulierung einzufügen, »im Sinne der sozialen Dimension« müssten »die wirtschaftspolitische Steuerung und ihre demokratische Kontrolle verstärkt werden«. Berlin jedoch stellte mit polnischer Unterstützung die Forderung voran, die EU müsse »wettbewerbsfähiger« werden und ihre »Attraktivität« für »internationale Investitionen« steigern. Die Spaltung der EU in Kleinformaten wie die Visegrad-Gruppe und das Weimarer Dreieck scheint der Bundesregierung zu helfen, Widerstände gegen ihre Austeritätsdiktate auszuhebeln. (k)

■ Militärische Grundlagen für deutsche Weltmachtpolitik

Wer Krieg führen will, muss nicht nur die Streitkräfte und die Strategien dafür haben, sondern auch im Inneren dar- vorbereitet sein. Die Bundesregierung hat diese Tatsache jüngst durchdekliniert: Auf Ankündigungen zur Aufrüstung und die Verabschiedung des neuen »Weißbuchs« zur Sicherheitspolitik folgte die Verabschiedung der »Konzeption Zivile Verteidigung«. In Verbindung mit der allgemeinen Verschärfung der Maßnahmen zur »inneren Sicherheit« sind damit die militärischen Grundlagen für deut-

sche Weltmachtpolitik geschaffen – jedenfalls auf nationaler Ebene.

Soll auch die EU insgesamt zu einem »echten Global Player«, also zur Weltmacht werden, wie es die Außenminister des »Weimarer Dreiecks« am vergangenen Sonntag forderten, dann muss auch sie neben der Aufrüstung Überwachung und Repression stark forcieren. Prinzipielle Zustimmung zu einer weiteren Abschottung der EU-Außengrenzen – gegen Flüchtlinge, aber auch gegen das Eindringen feindlicher Kombattanten – holte Kanzlerin Angela Merkel in der vergangenen

Woche in ihren Gesprächen mit 15 Staats- und Regierungschefs aus der gesamten EU ein. Auf diesem Weg lassen sich sogar recht wenig integrationswillige Politiker wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der tonte, man müsse Grenzen »mit Polizisten, Soldaten und Waffen« verteidigen, in die Neuformierung der EU einbinden. »Es ist eine Schlüsselfrage, dass wir die Außengrenzen stärken«, erklärte am Freitag auch Polens Ministerpräsidentin Beata Szydło.

Die »Verstärkung der Kontrollen an unseren Außengrenzen« und deren

Ausstattung »mit der geeigneten und neuesten technischen Ausrüstung« hatten kurz zuvor, am Dienstag vergangener Woche, Bundesinnenminister Thomas de Maizière und sein französischer Amtskollege Bernard Cazeneuve in einem knappen Grundsatzpapier gefordert. Das Papier sieht zudem einen umfassenden Polizeidatenaustausch in der EU sowie die baldige Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems vor; dazu soll ein Ein- und Ausreiseregister zählen, das auch Grenzübertreite von EU-Bürgern

systematisch erfasst. Die Kooperation nicht nur der Polizeien, sondern auch der Nachrichtendienste sei zu intensivieren, heißt es in dem Dokument; darüber hinaus müssten »in den Bereichen Cybercrime und Cybersicherheit (...) alle bestehenden Institutionen und Gremien für die Kooperation der Mitgliedsstaaten« gestärkt werden. Gelingt es, diese Forderungen in der EU durchzusetzen, und danach sieht es derzeit aus, käme die innere Formierung des Staatenbundes für künftige Kriege ein ganzes Stück voran.

Jörg Kronauer